

# Sächsische Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

nr. 263 Jahrg. 215 für Anhalt und Thüringen. Einzelpreis 1 Mark

Bezugspreis: monatlich 10.25 — ohne Gebühren, Bestellungen nehmen sämtliche Postämter, Besteller und allen Anzeigenstellen entgegen.  
Morgen-Ausgabe  
Anzeigenpreis: Die Spalte 34 mm breite mm-Abbildung 8.— Die Spalte 30 mm breite mm-Abbildung 10.— Abatut nach East, Erhaltungsort Halle-Saal.  
Geschäftsstelle Halle-Saal: Knippeler Straße 61/62. Fernruf Central 7801.  
Donnerstag, 8. Juni 1922  
Geschäftsstelle Berlin: Bernauer Str. 80. Fernruf Amt Marfunk Dr. 634 9  
Eigene Berliner Schreiftleitung. — Verlag v. Dr. Otto Thiele, Halle-Saal.

# Bankiers-Kompromiß?

## Krisenstimmung in Paris

Der gut unterrichtete Pariser Berichterstatter der „Times“ schreibt, in den beiden getragenen Sitzungen der Reparationskommission sei keinerlei Entscheidung erzielt worden. Es sei eine äußerst kritische Lage entstanden. Es könne nicht beabsichtigt werden, daß die ernsten Möglichkeiten ins Auge gefaßt werden müßten. Der Berichterstatter glaubt zu wissen, daß innerhalb der Reparationskommission die Mehrheit des Bankiersausschusses größtmögliche Freiheit gewähren will. Es werde betont, daß die Finanzfachverständigen bereit sind, ein Urteil über die Leistungsfähigkeit Deutschlands abzugeben, und daß es ein Fehler sei, wieder, irgendwas zu verheimlichen, was nach Ansicht der Bankiers die wirkliche Lage fernhalte. Die Bankiers könnten das Geschäftsproblem nicht geschäftlich behandeln, wenn sie durch politische Erwägungen gesteuert seien. Der Kampf um die Befreiung des Bankiersausschusses von allen hindernden Einflüssen sei zu ernst geworden, daß von einer offenen Spaltung und der Veröffentlichung getrennter Berichte die Rede sei. Dies würde jedoch nicht notwendig sein, wenn wirklich die Mehrheit auf Seiten des Bankiersausschusses stünde. Es sei jedoch damit zu rechnen, daß die Abstimmung in der offiziellen Sitzung nicht der inoffiziellen Meinungsäußerung entsprechen werde. Auf die französische Regierung werde der größte Druck ausgeübt, sich den Standpunkt der anderen anzuschließen, denn man sei sich klar, daß die Gelegenheit für die Regelung und für die Ausgabe einer Anleihe nicht so bald wiederkehren, wenn man sie vorbegehen lasse, und daß ein Mißerfolg die schlimmsten Folgen nach sich ziehen könne.

Der Berichterstatter der „Times“ drückt trotz des allgemeinen Optimismus der französischen Presse, welche erklärt, die Arbeit des Bankiersausschusses sei zu Ende und es könne nichts mehr getan werden, eine optimistische Auffassung aus. Er glaubt, Angaben über ein Kompromiß machen zu können, das wahrscheinlich dahin gehen wird, daß die Bankiers ihrerseits zwar nicht die Zerstückelung der deutschen Reparationssumme, aber eine verminderte jährliche Zahlungsverpflichtung für einen Zeitraum von beispielsweise 20 Jahren festsetzen. Die gestundeten Zahlungen, das heißt die Differenzen zwischen den nach dem vorjährigen Abkommen geschuldeten Beträgen und dem Betrag, den Deutschland nach Ansicht der Bankiers zahlen kann, würden in 20 Jahren immer noch geschuldet werden, und zwar mit Zinseszins. Auf diese Weise würde die Hauptverpflichtung unangetastet bleiben. Wieviel tatsächlich stillig gemacht werden könne, sei ungewiß. Da die Bankiers jedoch annähernd, daß Deutschland jährlich 2 1/2 Milliarden Goldmark zahlen könne, entweder an die Reparationskommission oder als Zins und Amortisationsraten, zusammenhängend mit der jetzt ausstehenden 20jährigen Anleihe, so sei klar, daß die Bankiers eine beträchtliche Ermäßigung für möglich halten, sofern ihnen Vorschläge stattgegeben würden. Alles hänge von der Haltung ab, die die französische Regierung und ihre Vertreter in der Reparationskommission heute einnehmen. Wenn die Franzosen diesem mächtigen Druck eines Teiles, und zwar wahrscheinlich der Mehrheit der Reparationskommission und der Bankiers, nicht nachgeben, dann ist nach Ansicht des „Times“-Berichterstatters die schlimmste aller bisherigen Krisen unvermeidlich. In seinen Unterredungen mit französischen Vertretern konnte der Berichterstatter jedoch wenig Aussicht auf französisches Nachgeben feststellen. Eine absehbare französische Antwort würde das Ende der Beratungen des Bankiersausschusses bedeuten.

## Der Reichswirtschaftsrat über die Zwangsanleihe

Ein Gutachten des Finanzpolitischen Ausschusses.  
Der finanzpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates hat im Auftrage des Vorstandes ein Gutachten für den Geschäftsentwurf über die Zwangsanleihe ausgearbeitet. Der Ausschuss wird am 8. Juni zur Beschlußfassung über dieses Gutachten zusammenkommen.  
Während in der Regierungsvorlage die Zwangsanleihe bis zum 1. November 1925 unterjährig ist und vom 1. November 1925 an bis zum 31. Oktober 1930 in Höhe von 2 1/2 Prozent und vom 1. November 1930 an in Höhe von 4 Prozent des Nennwertes jährlich verzinst wird, bestimmt die Zwangsanleihe des Reichswirtschaftsrates, daß die Zwangsanleihe bis zum 31. Oktober 1925 unterjährig ist und vom 1. November 1925 an in Höhe von 4 Prozent des Nennwertes jährlich verzinst wird. Während in der Vorlage weiterhin zur Tilgung der Anleihe jährlich 24 Prozent vom Nennwert des zurückgeführten Betrags der Zwangsanleihe ausbezahlt werden sollen, wird in dem Gutachten vorgeschlagen, daß die Tilgung erparter Zinsen demnachst jedesmal im Sinne des § 9 des Vermögenssteuer-Gesetzes und vorzuziehenden Erträgen aus diesen Vermögenswerten abgezogen werden. Am Finanzpolitischen Ausschuss wurden die Einkommenssteuer für den Rechnungsjahr 1921 ergebende Nettobehältnisse 50.000 Mark nicht übersteigt, wobei unter Vermögen demnachst jedesmal im Sinne des § 9 des Vermögenssteuer-Gesetzes und vorzuziehenden Erträgen aus diesen Vermögenswerten abgezogen werden. Am Finanzpolitischen Ausschuss wurden die Einkommenssteuer für den Rechnungsjahr 1921 ergebende Nettobehältnisse 50.000 Mark nicht übersteigt, wobei unter Vermögen demnachst jedesmal im Sinne des § 9 des Vermögenssteuer-Gesetzes und vorzuziehenden Erträgen aus diesen Vermögenswerten abgezogen werden. Am Finanzpolitischen Ausschuss wurden die Einkommenssteuer für den Rechnungsjahr 1921 ergebende Nettobehältnisse 50.000 Mark nicht übersteigt, wobei unter Vermögen demnachst jedesmal im Sinne des § 9 des Vermögenssteuer-Gesetzes und vorzuziehenden Erträgen aus diesen Vermögenswerten abgezogen werden.

Stadt. Eine Menge Gaststätten, die noch nicht bebaut werden konnte, lagern in den Wäldern, Hotels und Gastwirtschaften für überfüllt. Alle verfügbaren Räume in den Stubenhöfen und anderen Betrieben sind für die Heimatligen beschlagnahmt und zu Wohnquartieren eingerichtet. Gegen die gewaltigen Mannschaften, welche für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung sorgen, sind die Elemente der Gegenpartei auf „die Wohnung und den Ort zu verlassen. Verschiedene der ausgeübten Aufforderungen sind von der „Mannschaftskommission“ unterzeichnet. Die Bedenken, welche für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung darauf liegen. Es sollen sich in benannten Ortschaften, wo es Truppen gibt, an den Kreisstellen melden. Auch aus der Mitte der Arbeiter heraus greift man jetzt zur Wahrung gegen die Hausbesitzer. So erklären die Besatzende der Deutsches- und der Deutschen-Ordnung in einem Aufsatze an alle oberdeutschen Besatzende, daß sie mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln jeden weiteren Terror unterbinden würden.

## Deutscher Tag in Marienburg

W. Marienburg, 7. Juni.  
In dem prächtigen Saale des Ordensschloßes versammelten sich gestern die Teilnehmer an der Tagung des Deutschen Schutzverbandes zu einer erhabenen Kundgebung für den deutschen Einheitsgedanken. Nachdem der Marienburger Oratorienverein das Wort geführt, sprach der Reichspräsident, der Reichsminister, Graf v. Helldorf, in seiner Begrüßungsrede mit tiefer Trauer des Todes der Reichsfeldherren und sprach zum Schluß die Hoffnung aus, daß recht bald die deutschen Volksgenossen im großen deutschen Vaterlande vereinigt sein werden. Professor Baizer (Graz), der Vorsitzende der deutschen Bewegung für Oesterreich, feierte den Tag, wo es für alle deutschen Stämme heißen werde: Ein Volk, ein Reich, ein Vaterland! Zu diesem Tage sei aber eine innere Läuterung des ganzen Volks nötig. Nachtrauenden Heilrufen und nach den Wünschen des Deutschenheeres begehrt die Teilnehmer aus dem Saale zur Enthüllung des Denkmals zur Erinnerung an den Abtommungsrieg. Im Angebots der Marienburg hatten sich bei prächtigem Wetter bereits viele Tausend deutscher Männer, Frauen und Kinder eingefunden. Auf besonderen Wünschen standen die Vertreter der staatlichen und kirchlichen Behörden sowie Annungen und Vereine in ihren Bannern. Nach dem Vortrage von Dehnbogens „Die Himmel rühren des ewigen Erbes“ wurde die Marienburger Lieberland und einer Begrüßungsansprache des Bürgermeisters Baizer folgte die Regimentsfeier. Graf v. Baizer in die Freiheit, zu deren Schluß er alle zu dem Gedächtnis aufzuforderte, alles für die deutsche Sache einzusetzen. Gut und Blut, wenn es sein muß, auch das Leben. Dann gab er das Zeichen zur Enthüllung des Denkmals, das mit lautem Beifall und sinnvoller Begrußung wurde. Es brachen sich Lobeshymnen für den Reich.

## Süchtlingenseld in Oberthüringen

Oberrhein, 7. Juni.  
Die Herren in Oberthüringen haben, wie schon oft, den Versuch gemacht, ein großes Süchtlingenseld herbeizuführen. Die Herren in Oberthüringen haben, wie schon oft, den Versuch gemacht, ein großes Süchtlingenseld herbeizuführen. Die Herren in Oberthüringen haben, wie schon oft, den Versuch gemacht, ein großes Süchtlingenseld herbeizuführen.

Dollar amtlich 287,015 G.

Marienburg, Baracken Komitee für die politischen Parteien von den Reichstagskandidaten bis zu den Deutschnationalen, Götter für den Westpreussischen Heimatsverein und Stadtrat König als Vertreter der Deutschen Schutzverbände. Mit Krangzungebetörungen durch die verschiedenen Vereinigungen und mit dem Gesang des Liedes „Ich hab mich ergeben, mit Herz und mit Hand“ schloß die Feier. Das Denkmals ist aus Bronze hergestellt, auf einer rechteckigen Säule erhebt sich die aus Bronze bestehende Gestalt eines Deutschnationalen, der auf sein Schwert gestützt, das gesamte deutsche Volk als Herr und Hüter der Marienburg und des durch sie vermittelten Abkommensgebietes beschützt und beschützt.

## Die Parteien und das Umlageverfahren

Von Dr. Kaufhold,  
Mitglied des Preussischen Landtages.  
Nach dem Wiederzusammentritt des Reichstages wird eine der Hauptaufgaben des Reichstages neben der Beratung der Zwangsanleihe die Neuordnung der Wotverteilung für das kommende Wirtschaftsjahr sein.  
Wie bekannt hat die Reichsregierung tatsächlich schon einen entsprechenden Entwurf ausgearbeitet, der ein erneutes Umlageverfahren auch für das kommende Wirtschaftsjahr in „verbessert“ Form vorstelt, und der gegenwärtig dem Reichstag zur Beratung überwiesen ist. Dieser Entwurf verlangt wiederum die Ablieferung von 2,5 Millionen Tonnen zu denselben Terminen wie im letzten Wirtschaftsjahr, überläßt aber den Landesregierungen, zu dem festgesetzten Verzehrsquoten einen Zuschlag von 15 v. H. im letzten Jahre 10 v. H. hinzuzufügen. Statt der tatsächlichen Getreideumlage kann die gesamte landwirtschaftliche Anbaufläche, also auch Weiden, Weiden, Gackründe und Wälder, bei der Veranlagung zugrunde gelegt werden. Im Gegensatz zum letzten Wirtschaftsjahr kann auch der Reichsernährungsminister für das am 28. Februar 1923 ablaufende Geschäftsjahr einen anderen, den Geldverhältnissen entsprechenden Preis festsetzen.  
Nach der Abstimmung, die am 27. Mai im Reichstag über die einzelnen zum Umlageverfahren vorliegenden Anträge vorgenommen wurde, ist das Geschäft des Gesetzgebungsorgans noch ganz ungewiß. Befürchtlich hat bei dieser Abstimmung keiner der vorliegenden Anträge eine Mehrheit gefunden, so daß vorläufig die Reichsregierung noch völlig freie Hand hat, aber auch im Ungewissen darüber ist, wie sich das parlamentarische Geschäft ihrer Vorlage gestalten wird.  
Die Abstimmung am 27. Mai hat nämlich deutlich gezeigt, daß in allen nichtsozialistischen Parteien die Fortsetzung des Umlageverfahrens starke Gegenkraft hervorgerufen wird. Der sozialdemokratische Antrag, die Umlage in Höhe von 4,5 Millionen Tonnen festzusetzen, wurde von allen bürgerlichen Abgeordneten gegen die drei sozialistischen Parteien abgelehnt. Für eine Erhöhung des Umlageverfahrens dürfte also keine Mehrheit vorhanden sein. Auch die Entscheidung des Hauptausschusses, die vom Zentrum beantragt worden war, wonach eine Getreideumlage in der „bisherigen“ Form als nicht möglich erklärt wird, wurde abgelehnt, weil bei dieser Abstimmung die sozialdemokratischen Parteien, die eine Verhinderung des Umlageverfahrens wünschten, und die Anhänger der Deutschnationalen und Deutschen Volkspartei, die in einem besonderen Antrag für die völlig freie Willkür eintraten, zusammengingen.

Von besonderem Interesse ist schließlich aber die Abstimmung über den Antrag der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei, bei der Sicherstellung der Ernährung der Bevölkerung mit Getreide in Form einer öffentlichen Getreideumlage für nicht mehr möglich erklärt. Dieser Antrag wurde zwar auch mit 190 gegen 136 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt. Die Abstimmung aber zeigte, daß hinter den Antrag bei allen nichtsozialistischen Parteien Anhänger gefunden hatte. Es haben für den Antrag gestimmt:  
62 Deutschnationalen, jecht 8,  
35 Deutsche Volkspartei, jecht 30,  
3 Zentrum, jecht 16,  
25 Demokaten, 2 erhalten, jecht 18,  
9 Bayerische Volkspartei, 4 dagegen, 7 jecht,  
2 Bayerische Bauernbund, 2 jecht.  
Am Zentrum haben die drei Landwirte, Hrn. Damm, gewöhnt in Baden, Hrn. Freilander, gewöhnt in Württemberg, und Janke, gewöhnt in Schlesien, für den Antrag der Deutschnationalen und Deutschen Volkspartei gestimmt. Eine größere Minderheit ist anscheinend beim Zentrum bei dieser Abstimmung wohl deshalb nicht eingetreten, weil das Zentrum die Entschiedenheit des Hauptausschusses, die auf freie Veranlagung gesetzt war, durchsetzen wollte. Wäre diese Entscheidung zuerst zur Abstimmung gekommen und abgelehnt worden, so hätte sich vielleicht noch eine größere Anzahl von Mitgliedern der Zentrum für den Antrag der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei entschieden. Nebenbei hat diese Abstimmung am 27. Mai bewiesen, daß die Entscheidung über das Umlageverfahren in der Hauptsache von dem Zentrum abhängen wird.





# Halle und Umgebung

Salle, 8. Juni.

**Ereignisse.** Geheimrat Dr. Weidner ist zum Landesgerichtsdirektor der Spandauerer Strafvollzugsanstalt nach Berlin ernannt worden.

— **Gepäd.** Vereinsangehörige aus Hummitz. Besondere Aufmerksamkeit wird in den Kreisen der Angehörigen der Angewandten Pädagogik auf die von dem genannten Verein kürzlich in der Zeitschrift „Die Pädagogik“ veröffentlichte Abhandlung über die Bedeutung der Intelligenzprüfung und anderer psychischer Prüfungen im Hinblick auf die Anforderungen an die Lehrkräfte in der höheren Schulbildung gewendet. Die Zeitschrift ist im Verlag der „Verlagsgesellschaft für höhere Schulbildung“ in Berlin erschienen. Der Preis beträgt 1,50 Mark.

— **Norddeutsche Anstaltsvereinskonferenz.** Wegen der beruflichen Anwesenheit werden die Beschlüsse der Konferenz der Norddeutschen Anstaltsvereine für den Monat Juni 1922 nicht veröffentlicht. Die Konferenz wird am 2. Juli in Bonn abgehalten werden. Die Beschlüsse der Konferenz werden in der Zeitschrift „Die Anstaltsvereine“ veröffentlicht werden.

— **Verwaltung.** Die Verwaltung des Landesgerichts in Halle wird von dem 1. Juli ab von dem Landgerichtsdirektor Dr. Weidner geleitet werden. Die Verwaltung des Landesgerichts in Halle wird von dem 1. Juli ab von dem Landgerichtsdirektor Dr. Weidner geleitet werden.

— **Schule.** Die Schulleitung der hiesigen Schulen wird von dem 1. Juli ab von dem Schulinspektor Dr. K. Köpcke geleitet werden. Die Schulleitung der hiesigen Schulen wird von dem 1. Juli ab von dem Schulinspektor Dr. K. Köpcke geleitet werden.

— **Verkehr.** Die Verkehrsverhältnisse in Halle werden durch die Einwirkung der hiesigen Verkehrsbehörden geregelt werden. Die Verkehrsverhältnisse in Halle werden durch die Einwirkung der hiesigen Verkehrsbehörden geregelt werden.

## Aus Mitteldeutschland

### Wanderung zum Grabe des „Höjen“ Baron v. Kroßig

Die deutsch-nationale Jugendgruppe machte am gestrigen Freitag die Wanderung zum Grabe des „Höjen“ Baron v. Kroßig. Die Wanderung wurde von dem hiesigen Ortsvorsitzenden Dr. K. Köpcke geleitet. Die Wanderung wurde von dem hiesigen Ortsvorsitzenden Dr. K. Köpcke geleitet.

Die Wanderung wurde von dem hiesigen Ortsvorsitzenden Dr. K. Köpcke geleitet. Die Wanderung wurde von dem hiesigen Ortsvorsitzenden Dr. K. Köpcke geleitet.

# Die Konferenz des „Als-Ob“

## Fortsetzung der Philosophentagung in Halle — Das „Als-Ob“ in ärztlichen Denken und in der Aesthetik

### Die Mittwoch-Sitzung

Im weiteren Verlauf der geistigen Sammeltagung der Als-Ob-Konferenz sprach Privatdozent Dr. A. O. Stankwitz über „Die Bedeutung des Als-Ob im ärztlichen Denken“.

Durch die gemaltene Entfaltung und profunde Anwendung der Medizin hat bis zu den letzten Jahren eine Philosophieentwicklung der medizinischen Wissenschaften stattgefunden. Die Ärzte benutzten die Medizin als reine Naturwissenschaft, bis man endlich zu dem Erkenntnis kam, daß das Gebiet des Ästhetischen darüber hinausgeht. Das Verhältnis zwischen Geist und Körper, Kraft des Geistes und dergleichen sind Fragen, die nicht allein im Rahmen der Naturwissenschaften behandelt werden dürfen. Und gerade um die Ursache einer Krankheit, überhaupt die Art der Krankheit zu erkennen, bedarf man sehr sehr der Philosophie. So stellte man sich in den neueren Jahren, in denen Funktionskrankheiten in großem Maße auftreten, mitten im Flächen der Materie, die Frage: Ka, welches sind nun eigentlich die Erreger dieser oder jener Krankheit? Ist es dieser oder jener Bakterien? Es stellte sich heraus, daß ein und dieselbe Krankheit von verschiedenen Erregern, also von einem Komplex von Bakterien, verursacht wird. Der Arzt darf also keine starren Begriffe haben. Aber auch eine bewußte Fiktion bringt ihm nicht weiter, sondern ein „Als-Ob“-Verhalten, eine Fiktion zu bilden und dann zu tun, was ihm bei der Erforschung der Ursache einer Krankheit und bei der Diagnose große Hilfe leisten. Der Begriff der Normalität zum Beispiel, der auch Fiktion und auf dem Boden der Medizin erwachsen ist, muß soweit ausgeschaltet werden, daß der Arzt nicht fragt: Wiesent ist der Kranke und dem Zustand der Normalität entfernt, sondern wie weit ist er von dem Zustand entfernt, der für ihn erreichbar ist? Es muß also eine hegele Patologie der Fiktion in Anwendung gebracht werden.

Der Vortragende bemerkte schließlich, daß ihm selbst in seiner praktischen Tätigkeit die Fiktionslehre schon sehr viel gelehrt habe und er manches Problem hätte auflösen können. Heberich dankte die Medizin der Fiktion ebenfalls wie der Chemie, Physik, Biologie und der Naturwissenschaften.

— Der nächste Vortrag, den Herr Dr. A. O. Stankwitz hielt, behandelte das Thema: „Prolegomena zu einem Ästhetischen Philosophieren des „Als-Ob“. Der Vortragende sprach über die Bedeutung der Fiktion im Denken und Erleben. Er sprach über die Fiktion im Denken und Erleben. Er sprach über die Fiktion im Denken und Erleben.

Die Welt sind nur Orientierungsmittel, die Welt ist nicht fictus — hardt.

Die Mittwochsamstagssitzung der Als-Ob-Konferenz fand im Zeichen des Als-Ob in der Aesthetik. Als er sprach Privatdozent Dr. A. O. Stankwitz über „Die Fiktionslehre, insbesondere die Fiktionslehre“. Die Fiktionslehre, insbesondere die Fiktionslehre.

Die Fiktionslehre, insbesondere die Fiktionslehre. Die Fiktionslehre, insbesondere die Fiktionslehre. Die Fiktionslehre, insbesondere die Fiktionslehre.

Darauf ergriff Geheimrat Dr. Köllmann, Leipzig, das Wort und sprach über die Bedeutung der Fiktion im künstlerischen Denken. Ein Künstler stellt sich kein Ziel, er stellt sich nur ein Problem. Ein Künstler stellt sich kein Ziel, er stellt sich nur ein Problem. Ein Künstler stellt sich kein Ziel, er stellt sich nur ein Problem.

Ein Künstler stellt sich kein Ziel, er stellt sich nur ein Problem. Ein Künstler stellt sich kein Ziel, er stellt sich nur ein Problem. Ein Künstler stellt sich kein Ziel, er stellt sich nur ein Problem.

## Turnen, Spiel und Sport

### Rennen zu Geseled

- (Eigener Dabberbericht)
- 1. Preis von Wachsenburg: 1. Nils (Garia), 2. Gudo, 3. Wachsenburg.
  - 2. Preis von Wachsenburg: 1. Nils (Garia), 2. Gudo, 3. Wachsenburg.
  - 3. Preis von Wachsenburg: 1. Nils (Garia), 2. Gudo, 3. Wachsenburg.
  - 4. Preis von Wachsenburg: 1. Nils (Garia), 2. Gudo, 3. Wachsenburg.
  - 5. Preis von Wachsenburg: 1. Nils (Garia), 2. Gudo, 3. Wachsenburg.
  - 6. Preis von Wachsenburg: 1. Nils (Garia), 2. Gudo, 3. Wachsenburg.

### Rennen zu Frankurt a. M.

- (Eigener Dabberbericht)
- 1. Preis von Frankfurt: 1. Nils (Garia), 2. Gudo, 3. Wachsenburg.
  - 2. Preis von Frankfurt: 1. Nils (Garia), 2. Gudo, 3. Wachsenburg.
  - 3. Preis von Frankfurt: 1. Nils (Garia), 2. Gudo, 3. Wachsenburg.
  - 4. Preis von Frankfurt: 1. Nils (Garia), 2. Gudo, 3. Wachsenburg.
  - 5. Preis von Frankfurt: 1. Nils (Garia), 2. Gudo, 3. Wachsenburg.
  - 6. Preis von Frankfurt: 1. Nils (Garia), 2. Gudo, 3. Wachsenburg.

## Volkswirtschaft

### Landkreditbank Sachsen-Anhalt, A.-G., Halle

In der jüngst gehaltenen Sitzung der Aufsichtsratsmitglieder wurde über die Tätigkeit der Landkreditbank Sachsen-Anhalt, A.-G., Halle, berichtet. Die Landkreditbank Sachsen-Anhalt, A.-G., Halle, wurde über die Tätigkeit der Landkreditbank Sachsen-Anhalt, A.-G., Halle, berichtet.

Die Landkreditbank Sachsen-Anhalt, A.-G., Halle, wurde über die Tätigkeit der Landkreditbank Sachsen-Anhalt, A.-G., Halle, berichtet.

1:1 anjubiolen. Ferner ermächtigte die Generalversammlung die Verwaltung, bis zu 10 Millionen Reichsmark auszugeben. Die Verwaltung hat die Erlaubnis erhalten, bis zu 10 Millionen Reichsmark auszugeben.

Die Verwaltung hat die Erlaubnis erhalten, bis zu 10 Millionen Reichsmark auszugeben. Die Verwaltung hat die Erlaubnis erhalten, bis zu 10 Millionen Reichsmark auszugeben.

Die Verwaltung hat die Erlaubnis erhalten, bis zu 10 Millionen Reichsmark auszugeben. Die Verwaltung hat die Erlaubnis erhalten, bis zu 10 Millionen Reichsmark auszugeben.

Die Verwaltung hat die Erlaubnis erhalten, bis zu 10 Millionen Reichsmark auszugeben. Die Verwaltung hat die Erlaubnis erhalten, bis zu 10 Millionen Reichsmark auszugeben.

Die Verwaltung hat die Erlaubnis erhalten, bis zu 10 Millionen Reichsmark auszugeben. Die Verwaltung hat die Erlaubnis erhalten, bis zu 10 Millionen Reichsmark auszugeben.

Die Verwaltung hat die Erlaubnis erhalten, bis zu 10 Millionen Reichsmark auszugeben. Die Verwaltung hat die Erlaubnis erhalten, bis zu 10 Millionen Reichsmark auszugeben.

Die Verwaltung hat die Erlaubnis erhalten, bis zu 10 Millionen Reichsmark auszugeben. Die Verwaltung hat die Erlaubnis erhalten, bis zu 10 Millionen Reichsmark auszugeben.

Die Verwaltung hat die Erlaubnis erhalten, bis zu 10 Millionen Reichsmark auszugeben. Die Verwaltung hat die Erlaubnis erhalten, bis zu 10 Millionen Reichsmark auszugeben.

Die Verwaltung hat die Erlaubnis erhalten, bis zu 10 Millionen Reichsmark auszugeben. Die Verwaltung hat die Erlaubnis erhalten, bis zu 10 Millionen Reichsmark auszugeben.

Die Verwaltung hat die Erlaubnis erhalten, bis zu 10 Millionen Reichsmark auszugeben. Die Verwaltung hat die Erlaubnis erhalten, bis zu 10 Millionen Reichsmark auszugeben.

Die Verwaltung hat die Erlaubnis erhalten, bis zu 10 Millionen Reichsmark auszugeben. Die Verwaltung hat die Erlaubnis erhalten, bis zu 10 Millionen Reichsmark auszugeben.

Die Verwaltung hat die Erlaubnis erhalten, bis zu 10 Millionen Reichsmark auszugeben. Die Verwaltung hat die Erlaubnis erhalten, bis zu 10 Millionen Reichsmark auszugeben.

Die Verwaltung hat die Erlaubnis erhalten, bis zu 10 Millionen Reichsmark auszugeben. Die Verwaltung hat die Erlaubnis erhalten, bis zu 10 Millionen Reichsmark auszugeben.

Die Verwaltung hat die Erlaubnis erhalten, bis zu 10 Millionen Reichsmark auszugeben. Die Verwaltung hat die Erlaubnis erhalten, bis zu 10 Millionen Reichsmark auszugeben.

Die Verwaltung hat die Erlaubnis erhalten, bis zu 10 Millionen Reichsmark auszugeben. Die Verwaltung hat die Erlaubnis erhalten, bis zu 10 Millionen Reichsmark auszugeben.

Die Verwaltung hat die Erlaubnis erhalten, bis zu 10 Millionen Reichsmark auszugeben. Die Verwaltung hat die Erlaubnis erhalten, bis zu 10 Millionen Reichsmark auszugeben.

Die Verwaltung hat die Erlaubnis erhalten, bis zu 10 Millionen Reichsmark auszugeben. Die Verwaltung hat die Erlaubnis erhalten, bis zu 10 Millionen Reichsmark auszugeben.

Die Verwaltung hat die Erlaubnis erhalten, bis zu 10 Millionen Reichsmark auszugeben. Die Verwaltung hat die Erlaubnis erhalten, bis zu 10 Millionen Reichsmark auszugeben.

Die Verwaltung hat die Erlaubnis erhalten, bis zu 10 Millionen Reichsmark auszugeben. Die Verwaltung hat die Erlaubnis erhalten, bis zu 10 Millionen Reichsmark auszugeben.

